

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Er scheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 1 G.-Mk. frei ins Haus, einschließlich der Postlage, Wort und Bild.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 Mk.
Telegraphen-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

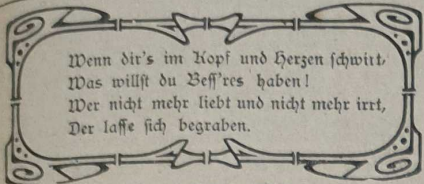
werden die sechsgehaltene 3 mit hohe (Netto-)Zeile über deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Druckerei und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an: W. H. Schmidt, Frankfurt am Main Nr. 20771
Annahmehöhe für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeleggen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 34.

Donnerstag, den 19. März 1925

18. Jahrgang.



Wenn dir's im Kopf und Herzen schwillt,
Was willst du Bess'eres haben!
Wer nicht mehr liebt und nicht mehr irrt,
Der lasse sich begraben.

Am die deutsche Ostgrenze.

Die Teilnehmer der letzten Tagung des Völkerbundes in Genf sind von dort in einem nicht gerade sehr erhebendem Bewußtsein wieder nach Hause gereist, die Diäten für ihre Leistungen kaum verdient zu haben, denn der Wert der gefassten Beschlüsse ist eigentlich gleich Null. Die beiden hohen Protektoren des Völkerbundes, England und Frankreich, stehen einander in ihren Anschauungen über die Tagesfragen so sehr abnehmend gegenüber, daß an eine Verständigung in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Die ernannte Beirathung Chamberlains und Herriots hat darin nichts geändert, sondern nur noch klarer gemacht, daß der englische Minister des Auswärtigen diesmal keine Lust zu einem glatten Unfall im Interesse Frankreichs hat. In London wollen sich die beiden Ministerkollegen dann später wiedersehen.

Mit der Erledigung des Genfer Protokolls, das Frankreichs Verträge über den Sicherheitspakt und den Schiedspruch darstellt, ist nur der deutsche Vorschlag übrig geblieben, den der Völkerbund im Verlaufe der Verhandlungen zu garantieren und die Grenzverhältnisse im Osten durch Schiedspruch neu zu regeln. Diesen deutschen Vorschlag unterliegt bekanntlich auch England. In Paris hat nun, nachdem Chamberlain nach London weitergereist ist, Herriot mit den Ministern des Auswärtigen aus Warschau und aus Prag am Tische gesessen. Die Polen sind durch das deutsche Angebot, das sie bisher erbittert bekämpften, am meisten betroffen, und der tschechische Minister Benesch will versuchen, eine Vermittlung herbeizuführen. Dies Stück Arbeit wird sehr schwer und ganz gewiß so leicht nicht zu vollenden sein. Nach Pariser Meldungen beschäftigt Benech auf der Grundlage des Genfer Protokolls und des obligatorischen Schiedspruches die Staaten Zentral- und Osteuropas zu gemeinsamen Verträgen zusammenzuschließen. Nach diesem Plan sollen in Europa zwei durch Garantien für sich abgetrennte Mächtegruppen gebildet werden: eine Westgruppe (Deutschland, England, Frankreich, Belgien) und eine Ostgruppe (Österreich, Tschechoslowakei, Rumänien, Polen und die anderen Länder Mittel- und Osteuropas). Italien soll die Wahl haben, welcher Gruppe es beitreten will. Die Vorschläge des tschechischen Außenministers haben nach dem "Petit Journal" das Interesse Herriots erweckt, da damit nach seiner Ansicht ein Ausweg aus den bisherigen Schwierigkeiten gefunden werden könnte.

Es ist wohl kaum zweifelhaft, daß der französische Ministerpräsident sich freuen würde, wenn Sicherheitsverträge zwischen Deutschland und Frankreich bzw. Polen zustande kämen, aber nun wollen sich die Polen auf keine Abänderung der Weichselgrenze einlassen und sagen, "niemals". Man soll indessen niemals im Leben rindweg nein sagen, auch in der Politik nicht, zumal, wenn, wie hier, Polen gar nicht die Kompensationen kennt, die das Deutsche Reich ihm für die neue Grenze zugestehen will. So sitzen die drei Männer in Paris am Tische und reden sich die Köpfe heiß, während es doch am einfachsten wäre, Deutschland als vierten Mann hinzuzuziehen, um von diesem zu hören, wie es sich die neue Gestaltung der Grenze im Osten denkt. Erst damit könnte die ganze Angelegenheit eine praktische Wendung erhalten. Herriot hat es aber nicht über sich gewinnen können, Deutschland einzuladen, und damit bleibt keine Politik im Sumpf stecken, und die Möglichkeit eines schnellen Wandels liegt doch auf der Hand.

Die Antwort der Reichsbahn.

Lohnerhöhung nur bei Tarifverhöhung.

Der Schiedspruch des Arbeitsministers in der Lohnfrage der Eisenbahnarbeiter hat bei keiner Partei, weder bei den Eisenbahnergewerkschaften, noch bei der Reichsbahngesellschaft eine günstige Aufnahme gefunden. Die ersteren haben bekanntlich den Schiedspruch als unzulänglich abgelehnt, und die Reichsbahn macht ihre Zustimmung von so weitgehenden Vorbehalten abhängig, daß ihre Antwort in wesentlichen Punkten

ebenfalls einer Ablehnung des Schiedspruches gleichkommt. In einzelnen nimmt die Reichsbahn zu dem im Schlichtungsverfahren ergangenen Schiedspruch folgende Stellung ein:

„Die Hauptverwaltung kann unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Empfehlung des Schiedspruches, den Arbeiterlohn vom 15. März ab um 3 Pfg. je Stunde zu erhöhen, von sich aus nur durchführen, wenn die Reichsregierung die zur Aufbringung der Mittel erforderliche Erhöhung der Tarife genehmigt.“

Weiter stimmt die Hauptverwaltung der Einsetzung des vom Schiedsrichter empfohlenen Ausschusses zur Prüfung von Härten in den Arbeitszeitbestimmungen, wie sie es ohnehin in Aussicht genommen hat, zu.

Der Schiedspruch verlangt, daß sämtliche am Streik Beteiligten bis zum 31. März wieder eingestellt sind, sobald den neu eingestellten Ersatzkräften sofort bis zum 31. März gekündigt werden dürfte. Die Gesellschaft ist bereit, die Mehrzahl der am Streik Beteiligten mit den alten Rechten des Tarifvertrages wieder einzustellen und

keine Maßregelung dieser Arbeiter

vorzunehmen. Sie ist aber nicht in der Lage, sämtliche Neueingestellten zu entlassen. Der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft kann nicht zugemutet werden, die Helfer, die sich bemüht haben, jetzt zu Gunsten der in den Streik getretenen Eisenbahnarbeiter sämtlich in kürzester Frist wieder zu entlassen. Die Reichsbahn-Gesellschaft ist daher bereit, die am Streik Beteiligten wieder einzustellen, soweit der Betrieb es ihr gestattet und auf längere Zeit hinaus die freierwerbenden Stellen in erster Linie aus den Reihen der früher Beschäftigten zu besetzen.“

Angeichts der offenen Ablehnung des Schiedspruches durch die Eisenbahner und dieser verschärften Ablehnung durch die Reichsbahn bleibt nur übrig, den Konflikt durch Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches des Arbeitsministeriums aus der Welt zu schaffen.

Der elsässische Schulstreik.

Die Protestbewegung gegen die Pariser Kulturpolitik.

Mit Zustimmung des französischen Ministerpräsidenten Herriot sind vor einigen Tagen in verschiedenen Städten die bisher bestehenden Bekennnisschulen in sogenannte Simultanschulen — Schulen mit Schülern und Lehrern verschiedener Bekennnisse — umgewandelt worden. Zum Zeichen des Protestes veranstaltete die katholische Bevölkerung im Elsaß einen eintägigen Schulstreik, an dem sich nach den amtlichen Feststellungen 80 Prozent der katholischen Schulkinder und etwa 40 Prozent der Gesamtzahl beteiligten. In Straßburg betrug die Streikbeteiligung 70 Prozent der katholischen Schulkinder, in Schleifstadt 65 und in Haguenau 80 Prozent. In Colmar, wo ein dreitägiger Streik beschloffen worden ist, blieben am zweiten Streittage etwa 26 Prozent der gesamten Schulkinder dem Unterricht fern. Auf dem flachen Land hat die Streikbeteiligung einen sehr starken Prozentsatz erreicht. In gewissen Ortshäusern der Bezirke Weissemburg und Zabern 80-90 und sogar 100 Prozent, in der Gegend von Haguenau 70 Prozent.

Ein Protest der elsässischen Abgeordneten.

Herriot des Wortbruchs beschuldigt.

In der Pariser Kammer erhob der elsässische Abgeordnete Walter, einer der Führer im gegenwärtigen Schulstreik, scharfen Protest gegen den Plan der Regierung, die Laienglieder in Elsaß-Lothringen einzuführen, und gegen die Einführung der Simultan-schule, die der lokalen Gesegung widerstrebe. Der Redner verwies auf die Versprechungen, die Elsaß-Lothringen während und nach dem Kriege gemacht worden sind, wonach an dem Schulsystem in Elsaß-Lothringen nichts geändert werden sollte. Die große Mehrheit der elsäß-lothringischen Bevölkerung erblicke in dem Vorgehen der jetzigen Regierung eine Verletzung dieser Versprechungen. Herriot selbst habe versprochen, die 1918 den Elsaß-Lothringern gemachten Versprechungen zu halten und habe ebenfalls sein Wort gebrochen.

Herriot sprang bei diesen Worten erregt von seinem Sitze auf und erklärte, man solle Elsaß-Lothringen nicht zum Spielball der französischen Zwistigkeiten machen. Im gleichen Augenblick rief ihm ein Mitglied der Rechten zu: „Heuchler!“ Auf der Linken erhob sich sofort ein ungeheurer Tumult. Der Kammerpräsident forderte den Abgeordneten auf, diese Beleidigung zurückzunehmen. Dieser wiederholte sie jedoch und behauptete sie auf die ganze Regierungsmehrheit aus. Nunmehr wurde der Entschuldigungssturm auf der Linken unbeschreiblich, und unter einem selbst in der französischen Kammer noch nicht gekannten Hüllensärm mußte der Präsident die Sitzung aufheben.

Der Magdeburger Prozeß.

Gewerkschaften und Munitionsarbeiterstreik.

Im weiteren Verlaufe des zweiten Rothardt-Prozesses in Magdeburg wurde der ehemalige Reichskanzler Bauer vernommen, der im Januar 1918 Vorsitzender der General-Kommission der Gewerkschaften war. Er erklärte, daß Ebert, ebenso wie er, immer der Ansicht waren, daß es töricht und verbrecherisch wäre, Gestaltungsbeschlüssen nicht zu folgen.

Auf eine Frage des Generalstaatsanwalts bekundete Zeuge Bauer, daß Frau Ebert vollständig gebrochen gewesen wäre, als drei Söhne Eberts kurz nacheinander an der Front gefallen waren, und daß sie sehr besorgt um das Schicksal ihres ältesten Sohnes gewesen wäre, der noch an der Front stand. Sie hat ihren Mann, von dem Erlaubnis Gebrauch zu machen, daß in solchen Fällen der dritte Sohn von der Front zurückzunehmen sei. Ebert hätte das abgelehnt. Bauer erwähnte dann, daß er dann ohne Wissen Eberts zum General v. Braun gegangen wäre, der dann verfügte, daß der dritte Sohn zunächst von der Front zurückgezogen werden sollte, später ist er noch einmal an die Front gekommen.

Im Anschluß hieran kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Zeugen Bauer und Kloth, der damals Gewerkschaftsführer war. Bauer bezeichnete es als eine ungeheuerliche Verdrängung, wenn behauptet würde, die General-Kommission habe ein Doppelspiel getrieben, indem sie den Streik öffentlich bekämpfte und heimlich billigte.

Die Streikversammlung im Treptower Park.

Am Mittwoch besaßte sich das Gericht mit den Vorgängen in der Versammlung der streikenden Munitionsarbeiter im Treptower Park, bei der Ebert und Dittmann Anreden hielten. Als erster Zeuge wurde der Eisenbahnarbeiter Gohbert vernommen, der zurzeit wegen Betruges in Untersuchungshaft sitzt. Gohbert war während des Krieges bis 1916 eingezogen und zeitweise in einer Nebenheilanstalt in Genz interniert, nachdem er 1915 verurteilt worden war. Er wurde dann entlassen, später aber auf Grund des Hilfsdienstgesetzes wieder eingezogen und kam in die Reichswerke in Spandau, wo er bis zum Ausbruch der Revolution tätig war. Er erzählte, er sei zusammen mit mehreren anderen Arbeitern am 28. Januar 1918 zu der Versammlung nach Treptow gefahren, da er gehört habe, daß Ebert sprechen sollte. Er habe sich vor allem dafür interessiert, wie sich Ebert zu den Gestaltungsbeschlüssen verhielte, die den streikenden Arbeitern zugestellt wurden. Darum habe er einen Zettel mit der Frage an Ebert, der von einer Wächlerin ausgesprochen, hinaus gereicht. Nach einigen Minuten habe ihm Ebert geantwortet, daß Gestaltungsbeschlüssen nicht Folge geleistet werden sollte; wer einen bekommt, solle sich an die Partei wenden. Dann werde die Partei das Nötige veranlassen.

Der Vorzirkende machte den Zeugen darauf aufmerksam, daß aber noch viele andere an der Versammlung im Treptower Park teilgenommen haben, die die Rede Eberts anders verstanden haben. Gohbert erwiderte, die anderen hätten Angst, die Wahrheit zu sagen. Es sei ganz ausgeschlossen, daß er sich verport habe.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 19. März 1925.

Der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons hat den englischen, den französischen und den italienischen Vorkämpfer empfangen. Der Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages zur Untersuchung des Hülberbundes vom November 1923 hat seine Tätigkeit aufgenommen.

Der Barmats Großhandelsverlaßnis. Im Barmat-ausschuß des Preussischen Landtags stellte der ehemalige Reichsminister Landrats Robert Schmidt in der Abrede, daß die Gebrüder Barmat Kant ihrer Beziehungen

